

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Kuntzsch, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kaufstadt und Dresden-Litkeitz

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Walt und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 26 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 26 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 20 mm breite Raumzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Zeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 25 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Wiedergabe 40 Proz. Rabatt. Für Briefvermittlung 10 Goldpf.

Nr. 115

Dresden, Sonnabend den 17. Mai 1924

35. Jahrg.

## Stinnes oder Ford?

Diese Frage aufzuwerfen und zu beantworten ist für den Sozialismus notwendig, weil die rückläufige Tendenz der Unternehmung zu den Methoden des Frühkapitalismus und des reinen Mandarntums die Aussicht auf eine Wiedererstarbung der deutschen Wirtschaft bedeutend verengt, wenn nicht ganz versperrt. Es liegt im Lebensinteresse der deutschen Arbeiterklasse, ja im Interesse des ganzen Volkes, die Unternehmung zu zwingen, sich von den Methoden der Inflationszeit vollständig abzuwenden! Bis jetzt ist davon so gut wie nichts zu spüren! Desto deutlicher tritt dagegen die Gemeinamkeit der Anschauungen zu Tage über die Lohnpolitik der Unternehmung. Der Tarifschutz der Vereinigung der Arbeitgeberverbände hat „Richtlinien“ aufgestellt, die in dem Maße zupacken: Regierung und Wirtschaft haben die gemeinsame Pflicht, sich gegen die mit einer allgemeinen Lohnherabsetzung für die Wahrung verbundenen Gefahren mit allem Nachdruck zu stemmen. Ganz im Geiste des für überwinden geborenen Scharfmachertums legen die Unternehmung die zur Geländung der deutschen Wirtschaft unerlässlichen Kosten auf die Schultern der Arbeitnehmer; sie denken nicht daran, daß es in erster Linie erforderlich wäre, vermittle technischer Verbesserung, Ausdehnung aller, durch die Kartelle und Syndikate künstlich erhaltenen rückständigen Betriebe, und vor allem durch andere Kalkulationsmethoden, wie durch Abschreibung überflüssiger Anlagen, den Produktionsprozeß auf eine andere Grundlage zu stellen. Statt dessen denken sie nur daran, dem großen Industriepolyphen Stinnes nachzuweifen.

Wenn man sich der Burgelbäume in der an die Schwerindustrie verfallenen Presse erinnert, die sie bei jeder Ausdehnung des vertikalen Stinneschen Reiches schlug, so muß es sonderbar an, wie dieselben Leute jetzt in „der Welt ohne Stinnes“ mit der Stange im Uebel herumfahren. Jetzt dünnt ihnen ein Schmäner der Erkenntnis, daß die bloße Anbahnung von wirtschaftlicher Macht — das einzige Ziel, das Stinnes im Auge hatte — kein Moment des wirtschaftlichen Aufstiegs und organisatorischer Weiterentwicklung des Produktionsprozesses in sich birgt.

„Ein Mann wie Stinnes“, sagt Professor Dr. W. Roetzler in der „Menschheit“, „bleibt völlig im Saumpfe des Mechanischen stehen, in seinem Geiste lebt nicht die höchste Organisationsidee, die das menschliche Leben und das eigene Streben einer Rangordnung der Werte unterwirft, einer Hierarchie geistig-sittlicher Ziele, durch die allein erst jede Einzelstätigkeit ihren Sinn ... bekommt. Hier ist alles auf den Kopf gestellt. Der Sozialist steht im Mittelpunkt der Welt.“

Wenn auch der an die Gütererzeugung angelegte sittliche Maßstab Prof. Roetzlers für die kapitalistische Produktionsweise keine Geltung hat, so besteht doch ein scharfer Gegensatz zwischen den Unternehmern, die, unbeschadet ihrer privatwirtschaftlichen Interessenwahrung, der Allgemeinheit durch wirtschaftlichen Aufschwung in Verbindung mit idealen Zielen dienen, und denen, die nur ihre Taschen füllen wollen und den Menschen nur als Trieb der Ausbeutung betrachten. Dieser Gegensatz läßt sich in die Namen Ford und Stinnes zusammenfassen.

Henry Ford ist der vollkommenste Typus des modernen amerikanischen Unternehmers; Hugo Stinnes, die Daniel, Lysen usw. sind die prägnantesten Vertreter der deutschen Industrie. Beide Kategorien wollen vom Sozialismus nichts wissen. Aber während das Gros der deutschen Industriellen seine Existenz abhängig machen will von der Ausbeutung und Wiederholung der Arbeitnehmer, sieht Ford in der Schöpfung der Kaufkraft der Massen, in der Verbilligung der Erzeugnisse, nicht allein den Motor wirtschaftlichen und sittlichen Aufstiegs, sondern auch die beste Wahrung der eigenen Interessen. Und damit vergleicht man die Enghirnigkeit der deutschen Unternehmung. Unter den deutschen Großindustriellen befindet sich nicht eine einzige Persönlichkeit, die auch nur annähernd an die von Henry Ford in seinem Buche: „Mein Leben und Werk“ niedergelegten Grundsätze heranreicht. Wer das bedeutungsvolle Buch nicht gelesen hat, der findet einen darüber unterrichtenden Aufsatz in der Dresdner Volkszeitung vom 19. Februar dieses Jahres.

Zur Widerlegung des Einwandes, daß der Fordische Industriekapitalismus nur eine Einzelercheinung ist und nichts für die allgemeine Tendenz der amerikanischen Unternehmung besage, braucht nur auf die statistisch festgestellte Organisationsentwicklung des amerikanischen Produktionsprozesses verwiesen zu werden. Uns sind dafür nur die Vergleichszahlen von 1899 bis 1921 zur Hand, aber diese Zahlen würden noch frappanter erscheinen, wenn sie die Jahre 1922/23 erfähten. Zur Beurteilung der Entwicklungslinien der amerikanischen Industrie genügt schon folgendes: Die maschinelle Ausrüstung pro Arbeiter betrug in den Vereinigten Staaten 1899: 3.24 Pferdewärkte, 1914: 3.2 Pferdewärkte, 1921: 3.24 Pferdewärkte. Wie muß sie seitdem gewachsen sein? Die Löhne belaufen sich in Milliarden Dollar 1899: 2.003, 1914: 4.078, 1921: 8.2. Die Leistung pro Arbeiter (1899 = 100 Prozent) 1914 142 Prozent, 1921: 255 Prozent. Daher überstieg die Wertleistung im Jahre 1921 um fast das Vierfache die von 1899. Und da die Löhne annähernd in dem gleichen Verhältnis erhöht wurden,

so sank zwar die Leistung pro Lohnarbeiter (1899 = 100 Prozent) von 104 Prozent im Jahre 1914 auf 93 Prozent im 1921, aber sie fand ihren Ausgleich durch ein Fiebfaches der Mehrleistung. Die Zusammenfassung der Betriebe spielen diese Zahlen wieder: 1914 gab es 275 791 Fabriken mit 7 Millionen Arbeitern, 1921 dagegen nur noch 250 321 Fabriken mit der gleichen Zahl von Arbeitern. Für die zunehmende Intensität des Produktionsverfahrens spricht weiter der Rückgang des Anteils der Fabriken am Gesamterstellungswerte, die zwischen 20 000 bis 100 000 Dollar Jahreserzeugung aufweisen; ihr Anteil stellte sich 1914 noch auf 10,5 Prozent, nach dem Kriege sank er auf 5,7 Prozent, während der Anteil der Fabriken mit einer Jahreserzeugung von mehr als 1 Million Dollar sich von 48,6 Prozent auf 68 Prozent erhöhte.

Aus diesen Zahlen ergibt sich die hohe Wirtschaftlichkeit der amerikanischen Industrie, die mit hohen Löhnen und kurzer Arbeitszeit nicht nur das allgemeine Unkostenkonto reduziert, den Ertrag steigert, die Preise möglichst niedrig oder stabil hält, sondern auch, wie im Falle Fords, die kapitalistische Warenherzeugung auf eine höhere Stufe hebt als unire Stinnes! Sie wollen mit ihren „verfälschten“ Ausdehnungstendenzen nur ihren Profit erhöhen, und um sich zu behaupten, wissen sie kein andres Mittel, als die Vereinerung der Arbeiterklasse. Der Mann, der nach Fordischen Grundsätzen, und sogar weit darüber hinaus, die deutsche Wirtschaft planmäßig rationalisieren und organisieren wollte, Rathenau, ist durch die unsern Schwer- und Großindustriellen nahestehenden politischen Kreise „umgelegt“ worden. Es ist leider nicht zu erwarten, daß unire Wirtschaftsführer noch amerikanischer Weise „mehr Gehirn ins Geschäft stecken“. Um so mehr erwächst für die Gewerkschaften und insbesondere die Betriebsräte die hohe Aufgabe, an der Hand der amerikanischen Vorbilder den Unternehmern die zum Aufstiege des deutschen Volkes führenden Bahnen weisen zu helfen. Sie führen, da mit der Fortdauer der kapitalistischen Wirtschaft noch als einer Last zu rechnen ist, nicht zu Stinnes, sondern zu Ford. Wer nicht im kommunistischen Phrasentumel befangen ist, der muß, in seinen Grundsätzen wie in seinen Leistungen die Vorstufen eines aufbauenden Sozialismus erkennen.

## Der Reichstag

Endlich ist nun amtlich das Gesamtergebnis der Reichstagswahl vom 4. Mai festgesetzt worden. Es besagt: Berlin, 16. Mai. Nach dem amtlichen Ergebnis der Reichstagswahlen vom 4. Mai wurden insgesamt 29 388 391 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Besondere Sozialdemokratische Partei 6 014 380, Deutschnationale Volkspartei 5 778 313, Zentrum 3 920 798, Kommunisten 3 748 671, Deutsche Volkspartei 2 640 484, Deutschnationale Freiheitspartei 1 924 553, Deutsche Demokratische Partei 1 687 957, Bayerische Volkspartei 946 649, Bayerischer Bauernbund 684 395, Landliche Volkspartei 674 280, Deutschnationale Partei 337 924, Deutschnationale Partei 319 779, Unabhängige Sozialdemokratische Partei 234 708, Katholische Arbeiterpartei 133 540, Christlichsozialer Volksdienst 124 626, sonstigen Gruppen zusammen 349 531 Stimmen.

Der Reichstag umfaßt demnach 472 Mitglieder, die sich wie folgt auf die einzelnen Parteien verteilen: S. D. 100, Deutschnationale Volkspartei 96, Zentrum 65, Kommunisten 62, Deutsche Volkspartei 44, Deutschnationale Freiheitspartei 32, Deutsche Demokratische Partei 28, Bayerische Volkspartei 16, Bayerischer Bauernbund 10, Landliche 10, Deutschnationale Partei 5 und Deutschnationale Partei 4. Die auf „Landliche“ gewählten 10 Abgeordneten (darunter zwei Nationalliberalen) erwählten bereits, daß sie sich der Fraktion der Deutschnationalen anschließen oder bei ihrer hesitieren werden, so daß die Deutschnationalen auf 106 Fraktionsmitglieder kommen können. Sie wollen dann als „Stärke Fraktion“ den Anspruch auf Stellung des Präzidenten erheben.

## Der Retter ist da!

Gott sei's gedankt — endlich ist unserm Volke der „Retter“ erschienen. Er stellt sich der deutschen Bevölkerung als „Deutsche Industriellen-Vereinigung“ vor, die sich zusammenschließt aus einem Haufen Industrieller, besetzt von bürgerlichem „Geiste“.

Der geistige Urheber der neuen Gründung, die wir bei unsern 33 Parteigenossen und den endlosen Wirtschaftswertungen, die jetzt bei Ausarbeitung eines neuen Gesetzes entstehen, bereits jetzt besitzen, ist der Zweite Reichminister des Herrn Rapp, Oberfinanzrat Dr. Wang. Als Hauptziel stellt er sich natürlich, wie alle bürgerlichen Parteiführer, die Befreiung Deutschlands von der Erbschuld durch die Hebung gegen diese Volkspartei an. Die das gemacht werden soll, veranlassen die bürgerlichen Industriellen, die übrigens nur zu einem ganz geringen Teil dem Reichsverband der Deutschen Industrie angehören, nicht. Nur das eine geben sie von ihrem Geheimnis preis, daß der Herr ein Direktor aus ihren Reihen Deutschland regieren soll.

## Antwort auf eine Antwort

### Deutschnationaler Drang zur Krippe

Der Sozialdemokratische Parlamentarist schreibt:

Die Reichsregierung hat auf das Ultimatum der Deutschnationalen in einer Form geantwortet, von der wir nur wünschen möchten, daß sie von dem jetzigen Kabinett auch in Zukunft gegen die Streber nach der Futterkrippe so oft als notwendig angewandt wird. Inzwischen haben die Deutschnationalen in einer weniger ultimativen Form auf die Wortworte der Regierung „geantwortet“, obwohl ihre Presse gar nicht daran gedacht hat, die Kampfansage des Kabinetts in ihrem vollen Wortlaut zu veröffentlichen. Schon daraus ist ersichtlich, daß die Haltung der Regierung ihre Richtung nicht versteht hat. Aber schließlich zeigt das Mandat der Deutschnationalen auch, wie klammerlich es um sie bestellt sein muß, wenn sie selbst nicht einmal wagen, ihren Vesseln neben dem hiesigen Geschrei nach der Futterkrippe auch die Antwort der Regierung auf dieses Drängen zu unterbreiten.

Eigentlich hätte man trotzdem erwarten sollen, daß die Deutschnationalen auf die klipp und klare Fragestellung der Regierung, wie die Deutschnationale Partei zu den großen und wichtigen Fragen der deutschen Außenpolitik steht, ebenfalls eine klare Antwort erteilt hätte. Aber die Herrschaften denken gar nicht daran, ihren geistigen Zustand dem eigenen Volk oder gar dem Ausland zu offenbaren. Sie fühlen sich wohl oder gar bei der Verbreitung von Tatsachen und auch jetzt noch wohl bei der Verbreitung von Tatsachen und der Meinung von Ausreden bei der Erklärung klarer Fragen. So sieht die „Stärke Fraktion des Reichstages“ aus! Einer klaren Antwort zieht sie z. B. die Ausrede vor, daß auch heute noch für ihre Auffassung in außenpolitischer Beziehung die Unterredung des Staatsministers Hergt mit dem Vertreter des Lokalanzeigers vom 6. Mai maßgebend ist. „Darüber hinaus“ sind die Deutschnationalen „selbstverständlich“ bereit, den zuständigen Stellen jederzeit Erklärungen abzugeben. Aber warum sie das bisher nicht getan haben und ihr „Selbstverständlich“ nicht einlösen, obwohl längst hierzu Gelegenheit gewesen wäre, wird natürlich ebenfalls verschwiegen. Es scheint jedoch, daß die Herrschaften vor lauter Größenwahn nicht erwarten, daß sie von der ausländischen Stelle — und das ist für die Deutschnationalen — gerufen und untertänigst gebeten werden, nun doch endlich einmal weitere Erklärungen abzugeben. Wir sind der Auffassung, daß nicht der geringste Anlaß besteht, diesem Punkt auch nur irgendwo Rechnung abzugeben. Die Zeit des Reichspräsidenten ist zu kostbar, als zu tragen. Die Zeit des Reichspräsidenten ist zu kostbar, als zu tragen. Die Zeit des Reichspräsidenten ist zu kostbar, als zu tragen. Die Zeit des Reichspräsidenten ist zu kostbar, als zu tragen. Die Zeit des Reichspräsidenten ist zu kostbar, als zu tragen.

in der aller die Weltrevolution gesprochen werden soll. Es sollte dieser Zustand auf die Dauer hinführen? Erst dann hat der Reichspräsident Urlaub, von sich aus den Mann der großen Wunder, Herrn Hergt, zu sich zu bitten, wenn die Möglichkeit besteht, ihn mit der Kabinettsbildung zu beauftragen. Aber diese Möglichkeit dürfte solange ausgeschlossen bleiben, als die Deutschnationalen kein klares und offenes Bekenntnis zur Erfüllungspolitik ablegen; denn ohnedem ist nicht anzunehmen, daß die Regierung Marx zurücktritt und den Weg zu einem Kabinett des Bürgerblocks freigibt.

Also, wenn die Deutschnationalen ihrer außenpolitischen Zwitterstellung überhaupt noch etwas hinzuzufügen haben, steht ihnen der Weg zur Wilhelmstraße ebenso offen wie jedem andern Staatsbürger. Aber ihre ganze Taktik beruht, daß sie gar nichts Positives zu erklären haben, denn sonst hätten sie wiederholt hierzu Gelegenheit gehabt. Selbsteigent ist bestand wochenlang durch eine Erklärung in der Presse und am Freitag noch auf Grund der positiven Fragestellung des Reichskabinetts. Aber die Herren denken gar nicht daran, Farbe zu bekennen. Sie wollen vorläufig noch experimentieren und ihr Größenwahn geht so weit, daß sie von den bürgerlichen Parteien verlangen, sich diesem Experiment zu fügen. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn die Germania am Freitagabend erneut betont:

„Wir haben alles Interesse daran, die Deutschnationalen zu zwingen, Farbe zu bekennen und ihnen keinen Vorwand zu einer billigen Agitationspolitik zu geben. Aber es besteht noch weniger Grund, den Deutschnationalen das Deutsche Reich auszuliefern und ihnen die Plattform zu einer Politik zu schaffen, die mit einem offenen oder versteckten Staatsstreik endet. ... Ob die Regierung auch nach dem Zusammentritt des neuen Reichstags im Amt bleibt oder vorher zurücktritt, ist dann nicht von ausschlaggebender Bedeutung, wenn der feste Wille besteht, den bisherigen Regierungskurs beizubehalten und den Deutschnationalen nur das Maß von Mitarbeit zuzubilligen, das ihnen zusteht. Unter dieser selbstverständlichen Voraussetzung würde die nächste Regierung denselben Charakter tragen wie die jetzige. Das entspricht dem Sinne des Volkswortes vom 4. Mai, der nicht die Deutschnationalen zum ausschlaggebenden Faktor der deutschen Außenpolitik gemacht hat.“

Von dieser Erklärung des führenden Zentrumsorgans, deren Offenherzigkeit sich die Deutschnationalen zum Beispiel nehmen sollten, möchten wir nur wünschen, daß sie auch in Zukunft beachtet und innegehalten wird. Geschieht das, dann muß der Kampf, den die Regierung jetzt einmal gegen die Deutschnationalen aufgenommen hat, fortgesetzt werden. Es handelt sich in gewissem Sinne um einen Kampf gegen die Machteliten der schlimmsten sozialen und